

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 18603. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7-spaltige Kolonellszeile oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorrat 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7-spaltige Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonellszeile 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Die Einigung im englischen Bergarbeiterstreik

London, 28. Juni. Die Beilegung des Kohlenarbeiterstreiks findet in der gesamten Abendpresse die größte Beachtung. Die Blätter melden, daß die Bergarbeiter die Arbeit sofort wieder aufnehmen sollen. Es fehlt nur noch die Genehmigung des Parlaments für die Beihilfe von 10 Millionen Pfund Sterling, die Lloyd George bei den heutigen Verhandlungen den Bergarbeitern erneut angeboten hat. Diese Genehmigung durch das Parlament wird nur als Formalität angesehen. Die Mitglieder des Vollzugsausschusses der Bergarbeiter erklärten, daß bis Mehrzahl der Arbeiter am Montag wahrscheinlich die Arbeit wieder aufnehmen werde. An einigen Orten, insbesondere in Schottland, würden Wochen vergehen, bis die Arbeit wieder aufgenommen werden würde. Chamberlain teilte im Unterhause mit, daß die Zustimmung über die Genehmigung der 10 Millionen Pfund Sterling Beihilfe im Unterhause am Freitag stattfinden werde. Die Bergarbeiter haben der sofortigen Herausgabe des augenblicklichen Tageslohns um 2 Schilling, einer weiteren Verminderung im August um 6 Pence und weiterer 6 Pence im September zugestimmt. Dann tritt das dauernde Abkommen in Kraft.

London, 28. Juni. (Neuer.) Die Verwaltungsmitglieder des Bergarbeiterverbandes sind am Dienstag mittag nach den verschiedenen Bergwerksbezirken abgereist, um den Arbeitern die Bedingungen der Regierung auseinandersetzen zu lassen. Sie werden die Annahme der Vereinbarung empfehlen. Es besteht kein Zweifel, daß die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden wird. — Der Führer der Eisenbahner, Thomas, ist am Dienstag aus Amerika zurückgekehrt.

### Die kommunistischen Opportunisten. Einerseits — Andererseits.

Berlin, 28. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Note Rahne veranlaßt eine Rundgebung des 3. Kongresses der kommunistischen Internationale an das deutsche Proletariat zum Falle Hörsing. Es heißt darin: Die kommunistische Internationale ist gegen den individuellen Terror und die Sabotage, die dem Kriege nicht unmittelbar dienen, sowie gegen das Freiheitskämpferum, das unabhängig von der politischen Führung des Proletariats ist. Gleichzeitig steht aber die kommunistische Internationale in Max Hörsing einen mannhaften Kämpfer, der gegen das kapitalistische Regime auftritt. Die Aktion war nicht zweckmäßig, denn der weiße Terror kann nur durch den Massenaufruf der Arbeiter gebrochen werden, nur der Massenaufruf kann den Sieg des Proletariats sicherstellen. Die Aktion Max Hörsing war von der Liebe zum Proletariat, vom Haß gegen das kapitalistische System geleitet. Die kommunistische Internationale erklärt dann die Erwartung aus, daß am Tage der Befreiung durch das Proletariat Max Hörsing in den Reihen der kommunistischen Partei für die Befreiung der deutschen Arbeiterschaft kämpfen werde.

Nach dem Bericht der Roten Fahne sind in der dritten Sitzung Diskussion über den Bericht Trozki's statt. Es sprach ein Vertreter der polnischen kommunistischen Partei. Dann sprachen Clara Zetkin und Koenen. Der Vertreter Indiens sprach von der großen Bedeutung, welche die Kolonien seit dem letzten Kriege erhalten haben und über die Notwendigkeit, daß das Proletariat revolutionäre Aktionen in den Kolonialländern vorzubereiten habe.

Die Sitzung vom 27. begann nach dem Bericht der Roten Fahne mit einem Bericht Sinowjew's. Das Verhalten der kommunistischen Internationale zur französischen sozialistischen Partei charakterisierend, führte Sinowjew aus, daß beschloffen wurde, die französische Partei aufzunehmen, dabei aber die Eigenständigkeit ihrer Lage in Betracht zu ziehen. Man wählte in Betracht ziehend, daß die französische Partei zur Zeit ihres Eintritts in die kommunistische Internationale ihre erste Spaltung noch nicht vollzogen hatte. Man wählte in Betracht ziehend, daß die kommunistischen Gruppen damals noch wenig zahlreich waren und die Mehrzahl der Führer im Gefängnis. Ueber Longuet führte er aus, Longuet sei getötet worden, ob er die 21 Bedingungen annehme oder nicht. Longuet nahm die Bedingungen nicht an und seine Partei wurde aufgelöst. Es war so, als ob wir mit den besten französischen Genossen ein stillschweigendes Übereinkommen getroffen hätten, wir gaben ihnen einige Monate Zeit, damit sie die Umgruppierung ihrer Kräfte vornehmen, ihre Organisationsarbeit erledigen sollten. In Frankreich macht die Entwicklung Fortschritte, deshalb zeigte das Exekutivkomitee der Partei gegenüber Gebuld. Das bedeutet aber nicht, daß der Kongress zu beschließen braucht, daß der französische Partei von seiten opportunistischer Elemente Gefahr drohe. Wir haben Vertrauen zu der französischen Partei, die 100 000 Mitglieder zählt. Die Spaltung der französischen sozialistischen Partei hat große Bedeutung. Die Vorgänge, die sich besonders in Dänemark, Belgien und Dänemark abspielten, haben besonders in Belgien große Bedeutung, wo die Bewegung sich hauptsächlich auf die Gewerkschaftsbewegung stützt. Sinowjew schloß mit den Worten, daß der Kampf mit Amsterdam und die Gewerkschaftsfrage die wichtigsten Fragen für die kommunistische Internationale sind.

### Der heiße Brei.

Berlin, 28. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Volkszeitung will erfahren haben, daß entgegen den bisherigen Dispositionen in der heutigen Sitzung des Reichswirtschaftsrates der Reichskanzler nicht sprechen wird. Es sei auch fraglich, ob die

bereits angekündigte Rede des Reichsfinanzministers über seine Steuerpläne vor Anfang der nächsten Woche gehalten werden könne. Es scheint, daß das Kabinett in seiner gestrigen Sitzung zu seiner Einigung über die Grundzüge der Ausbringung der Reparationslasten gekommen sei. Alle Anzeichen deuten vielmehr darauf hin, daß zwischen den einzelnen Reichsministerien noch keine erhebliche Gegensätze bestehen.

### Amerika vor dem Friedensschluß.

Paris, 28. Juni. Nach dem New York Herald hoffen die republikanischen Führer im Kongreß, daß die Vereinigten Staaten sich mit Deutschland am 4. Juli im Friedenszustand befinden werden. Chicago Tribune bestätigt, beide Häuser des Kongresses seien zu einer Verständigung über die Resolutionen Knox und Porter gelangt. Senator Lodge, der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, habe sich nach Washington zurückbegeben, in der Absicht, die Erklärung des Friedenszustandes zwischen Amerika und Deutschland am 4. Juli sicherzustellen. Obwohl noch keine offizielle Mitteilung gemacht worden sei, sei bekannt, daß die Teilnehmer an der gemeinsamen Beratung zwischen Senat und Repräsentantenhaus in der nächsten Sitzung, am Dienstag, in der Senator Knox anwesend sein werde, zur Erledigung der Resolution gelangen würden.

### Der Krieg in Kleinasien. Ismid zurückerober?

London, 28. Juni. Daily Express meldet aus Konstantinopel die Wiedereroberung von Ismid durch die Griechen, die die Stadt solange halten wollen, bis die Einschiffung der Flüchtlinge beendet ist. Mehrere englische Kriegsschiffe beteiligten sich an den Operationen.

Selbst wenn die Meldung des Daily Express zutrifft, handelt es sich nur um eine vorübergehende Wiederbesetzung der Stadt bis zur Beendigung der Einschiffungen, die den Vormarsch der Kemalisten auf Konstantinopel nicht aufhalten kann. Darüber weiß die Dena folgendes zu berichten:

Athen, 28. Juni. (D.N.) Wie die Agence d'Athènes berichtet, haben kemalistische und bolschewistische Seestreitkräfte eine Beschließung der Küstenplätze zwischen Konstantinopel und Sinope begonnen. Eine Heeresgruppe der Armee Kemal Paschas hat den Vormarsch auf Konstantinopel angetreten. Gerüchweise verlautet, daß der Sultan Anstalten treffe, Konstantinopel zu verlassen, da man die Ankunft Kemal Paschas erwartet, der sich zum türkischen Staatsoberhaupt auszurufen beabsichtigt.

Ueber die Unterfütterung Kemal's durch bolschewistische Streitkräfte berichtet auch ein Havas-Telegramm, das an Verworrenheit nichts zu wünschen übrig läßt:

Paris, 27. Juni. Havas meldet aus Konstantinopel: Die armenische Presse gibt bekannt, daß die erste bolschewistische Armee an der türkischen Grenze konzentriert sei. Sie sei durch zahlreiche Muselmanen und Tataren verstärkt. Die türkischen (?) Truppen hätten Befehl erhalten, sich dem Durchmarsch der Sowjetarmee nach Anatolien zu widersetzen. (?)

Trotz des Wiederaufflammens der Feindseligkeiten scheinen aber die Bemühungen, zu einer friedlichen Einigung zu gelangen, nicht zu ruhen. Die Chicago Tribune, die gestern schon von inoffiziellen Verhandlungen in Angora zu berichten wußte, meldet heute konkretere Einzelheiten über die Teilnahme griechischer Delegierten an den Verhandlungen. Offenbar will es die griechische Regierung, obwohl sie aus innerpolitischen Gründen der Selbsterhaltung zu einer Wiederaufnahme der Offensive gezwungen ist, nicht auf einen neuerlichen militärischen Zusammenbruch ankommen lassen. Die Dena berichtet darüber:

Paris, 28. Juni. (D.N.) Der Konstantinopeler Sonderberichterstatter der Chicago Tribune teilt mit, daß gegenwärtig drei Delegationen in Angora sich aufhalten, eine englische, eine französische und eine griechische. Besonders interessant ist, was der Korrespondent über die Absichten der griechischen Delegation mitteilt. Danach hätten die Griechen überaus weitgehende Zugeständnisse gemacht. Sie hätten als Kompensation für wirtschaftliche Privilegien die Räumung Smyrnas und eine Korrektur der östlichen Grenze Thrakiens zugunsten der Türkei angeboten. Die griechische Delegation erklärte zwar: ihre Anwesenheit in Angora stehe in keinem Zusammenhange mit den Vorbereitungen für eine Offensive an der Smyrnafont, sie lasse jedoch sehr deutlich durchblicken, daß, wenn die Regierung Kemal Paschas eine verständliche Haltung annehme, der griechische Angriff vermieden werden könne. Weiter berichtet der Korrespondent, daß auch die Franzosen und Engländer in Angora sicherhaft am Werke seien, um zu einer Verständigung mit den türkischen Nationalisten zu gelangen.

### Gegen die Schuldigen an den polnischen Ausschreitungen in Bromberg.

Warschau, 28. Juni. (D.N.) Der Abg. Riedziakowski und Kollegen brachten beim Sejm-Marschall einen Antrag vor, worin die sofortige Unterjochung der Vorgänge in Bromberg und die strengste Bestrafung der Polizisten verlangt wird, die die Ausschreitungen zuließen. Ferner wird Berichterstattung über die Ergebnisse der vom Sejm eingeleiteten Untersuchung verlangt.

### Die Außenpolitik Jugoslawiens.

Unter diesem Titel erschienen in der Belgrader Arbeiterzeitung — dem Zentralorgan der Sos. Arbeiterpartei Jugoslawiens — am 3. und 4. Juni d. J. — Leitartikel, die sehr charakteristisch sind für die praktische Betätigung internationalen Geistes in einer der Wiener Internationalen Arbeitsgemeinschaft angehörenden Partei. Die Artikel gehen aus von der Antwort des Ministerpräsidenten Pasitsch auf eine Interpellation in der Konstituante, in der Pasitsch offen erklärte, daß Jugoslawien sich in den Bahnen der Ententepolitik, insbesondere ihrer französischen Nuance bewege, also eine Politik verfolge, ... die an dem durch den Sieg der Entente hervorgerufenen und durch die Friedensverträge festgelegten Zustand Europas strikte festhält. Zur erfolgreichen Durchführung einer solchen Politik im Südosten Europas wurde unter dem Protektorat der Entente die sogenannte Kleine Entente gegründet, der neben der Tschechoslowakei und Rumänien auch Jugoslawien beigetreten ist. Die unmittelbare Aufgabe der Kleinen Entente ist die Durchführung des Saint-Germainer Friedensvertrags und vor allem die Sorge, daß sich Deutschösterreich — ein für ein selbständiges Dasein völlig unfähiger Staat — nicht Deutschland anschließen. Im Geiste dieser Politik unternahm die Kleine Entente in der letzten Zeit anlässlich der elementaren Anstößbewegung Deutschösterreichs energische diplomatische Schritte dagegen und drohte sogar mit bewaffnetem Auftreten.

Während die jugoslawische Regierung die nationale Einheit eines Kulturvolks behindert und auf diese Art den Friedensvertrag durchführt — tritt sie denselben Vertrag mit Füßen durch neuerliches Aufwerfen der Frage Kärntens. Wie bekannt, ergab das Plebiszit eine Mehrheit für Deutschösterreich. Nach dem Friedensvertrag fällt somit das ganze Plebiszitgebiet Deutschösterreich zu. Diesen Standpunkt teilte anfangs auch unsere Regierung, die jugoslawischen Truppen verließen Kärnten und das Land wurde Deutschösterreich übergeben. Als anfänglich des Plebiszitresultats in Oberschlesien und des darauffolgenden polnischen Zustands innerhalb der Entente die Idee der Aufteilung Oberschlesiens zwischen Deutschland und Polen auftauchte — je nach den Abstimmungsresultaten in den einzelnen Kreisen —, da übergab die jugoslawische Regierung dem Obersten Rat eine Note mit der Forderung auf Angliederung der Kreise mit slowenischer Mehrheit und des rechten Draufers an Jugoslawien.

An und für sich ist der Standpunkt, daß die Länderstriche mit Stimmenmehrheit für Jugoslawien diesem auch zufallen sollen, ganz richtig. Und würde unsere Regierung die Revision des Friedensvertrags im Zusammenhang mit der allgemeinen Revision des Friedensvertrags verlangen, würde sie die Korrektur dieses Mißstandes oder Unrechts mit der Korrektur anderer viel größerer eckelstände und Ungerechtigkeiten betreiben, die andern Völkern zugefügt wurden, dann wäre dies ganz begründet. Aber zu fordern, daß ein Kapitel des Friedensvertrags, das sich ihr zufällig unglücklich erwie, einfach gestrichen wird und gleichzeitig die strenge Durchführung der übrigen Teile des Friedensvertrags zu bewachen, ja sogar deswegen mit Okkupation zu drohen, stellt einen Gewaltakt eines Stärkeren dar, eine Außenpolitik, die gute internationale Beziehungen mit den Nachbarstaaten ausschließt.

Was die Große Entente im großen tut, führt die Kleine im kleinen durch. Die gleiche Gewaltpolitik wird auch gegenüber Bulgarien geübt, mit dem die Beziehungen unglaublich vergiftet sind. Ueberhaupt waren die Beziehungen der Balkanstaaten zueinander seit langem nicht mehr so kalt und schlecht wie jetzt. Und statt daß man auf eine Klärung und Besserung dieser Beziehungen hinarbeitet, ohne die es keine normale wirtschaftliche Entwicklung und keinen Frieden auf dem Balkan gibt, treibt die jugoslawische Regierung eine Politik, die auch auf der andern Seite eben solche krankhaft schwüle und unhaltbare Verhältnisse schafft. In Deutschösterreich besteht eine allgemeine Volksbewegung für den Anschluß an Deutschland. Dagegen erhebt sich die Entente. Dagegen erhebt sich vor allem Frankreich, in Verfolgung der traditionellen französischen Politik der Vernichtung der deutschen nationalen Einheit. Und dagegen erheben sich auch die Staaten der Kleinen Entente, darunter Jugoslawien. Sie alle begründen es mit der Angst vor einem Großdeutschland im Herzen Europas. Abgesehen von der inkonsequenten Politik unserer Regierung, die im Innern eine Politik der nationalen Einigung verfolgt und nach außen mit Krieg droht, sobald sich eine kulturelle Nation national zusammenschließen versucht. Abgesehen davon, daß unsere Regierung in Gemeinschaft mit den derzeitigen Weltgebern unnötig und leichten Endes erfolglos ihre Energie verbaucht, um etwas hintanzuhalten, was sich nicht aufhalten läßt, ist die Politik der jugoslawischen Regierung in der Frage des Anschlusses Deutschösterreichs an Deutschland vollständig verfehlt nicht nur vom Standpunkte des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der